

Sara Fürstenau (2015)

Stellungnahme: Neu zugewanderte Kinder in der Schule

Viele Kinder und Jugendliche kommen aufgrund desolater Lebensbedingungen und fehlender Zukunftsperspektiven in den Herkunftsländern zusammen mit ihren Familien oder als sogenannte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Deutschland. Große Hoffnungen setzen sie in den Besuch einer deutschen Schule. Die meisten sind besonders motiviert und bildungsorientiert, weil der Schulbesuch Lebenschancen und soziale Teilhabe eröffnen kann. Das passt gut, sollte man meinen, denn gut ausgebildete junge Menschen werden in Deutschland gebraucht. Aber die Schulerfolge von Kindern aus Familien mit Migrationserfahrungen, in denen auch andere Sprachen als Deutsch gesprochen werden, sind bisher unterdurchschnittlich. Die Schulen sind immer noch nicht ausreichend darauf vorbereitet, hohe Bildungsaspirationen im Kontext von Migration zu erfüllen und auch für diejenigen, die mobil und mehrsprachig sind, Chancengleichheit zu gewährleisten.

Die Schülerschaft in deutschen Schulen, vor allem in westdeutschen Großstädten, zeichnet sich seit langem und dauerhaft durch migrationsbedingte Heterogenität aus. In Städten wie Hamburg wächst bereits mehr als die Hälfte der unter sechsjährigen Kinder mehrsprachig auf. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat ihre Empfehlung „Interkulturelle Bildung“ im Jahr 2013 neu formuliert und fordert nun die „Verwirklichung *gleichberechtigter Teilhabe*“. Der Schulerfolg dürfe nicht länger vom „sozio-kulturellen Hintergrund“ abhängen. Laut KMK bedarf es „einer Schule der Vielfalt, die frei ist von offener und versteckter Diskriminierung und sich bewusst auf die soziale, kulturelle und sprachliche Heterogenität der Schülerschaft ausrichtet.“ Der Anstieg der Neuzuwanderungen könnte Chancen eröffnen: Längst überfällige Schritte der Schulentwicklung in Richtung gleichberechtigte Teilhabe werden unausweichlich.

Lehrkräfte unterstützen eingewanderte Kinder und Jugendliche seit Jahrzehnten, z.B. beim Erwerb des „Deutschen als Zweitsprache“. Dies geschieht allerdings überwiegend im Rahmen zusätzlicher und zeitlich begrenzter Fördermaßnahmen. Aber Parallelsysteme zur Förderung der Zielgruppe „Migranten“ sind nicht zukunftsweisend. Stattdessen bedarf es einer Schulentwicklung, die die Normalität migrationsbedingter Heterogenität anerkennt. Es geht um eine Anpassung der Schule und des Unterrichts an die Bedürfnisse und Ressourcen der Schülerinnen und Schüler in der Migrationsgesellschaft. Reguläre Abläufe und eingeschliffene Routinen im Unterricht sind noch von der Erwartung geprägt, dass die Kinder von Geburt an einsprachig mit der deutschen Sprache aufwachsen. Der Innovationsbedarf wird im Anschluss an die gestiegene Neuzuwanderung durch eine unüberhörbare Mehrsprachigkeit in den Schulen offensichtlich. Einzelne Schulen entwickeln schon sprachsensiblen Fachunterricht und nutzen die Familiensprachen der Schülerinnen und Schüler produktiv für das Lernen. Handlungsansätze migrationssensibler Schulentwicklung können in die Breite getragen werden, wenn das Ziel gleichberechtigter Teilhabe bildungspolitischer Konsens ist. Dann werden die Schulen in die Lage versetzt, Kindern und Jugendlichen, deren Lebenswelten durch Migration und Flucht geprägt sind, die mit Schulbildung verbundenen Hoffnungen zu erfüllen.